

KBD Dr. Hoffmann erläuterte kurz die Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes-Teil 1. Der Teil 2 – Abfälle aus anderen Herkunftsbereichen als Haushaltungen werde im Jahr 2008 fortgeschrieben. Er machte nochmals darauf aufmerksam, dass die Verpackungsabfälle mit dem „Grünen Punkt“ allein in der Zuständigkeit der DSD AG liegen.

Abg. Dr. Fleck bat um Erläuterung, warum die Verwaltung nicht für die Verpackungsabfälle zuständig sei. Wenn Mängel wie beispielsweise die Qualität der „Gelben Säcke“ auftreten, müsste das doch abgestellt werden können.

KBD Dr. Hoffmann erklärte, dass es sich hier um ein eigenständiges und eigenverantwortliches System der Sammlung und Verwertung der Verpackungsabfälle handele. Dies sei gesetzlich durch die Verpackungsverordnung geregelt.

Abg. Albrecht regte zum einen an, im Abfallwirtschaftskonzept aufzunehmen, dass geprüft werde, ob zur besseren Verwertung Strauch- und Astwerk künftig getrennt von Bioabfällen erfasst werde und des weiteren in jeder Kommune einen zusätzlichen Papiersammelbehälter aufzustellen, da oftmals die den Haushalten zur Verfügung stehenden Papiertonnen nicht ausreichen. Teilweise würden diese Mehrmengen nach Bonn gebracht und gingen somit dem Rhein-Sieg-Kreis bzw. der RSAG verloren.

Frau Decking informierte, dass die RSAG sich in Zukunft mit der getrennten Erfassung von Bioabfällen und Strauch- und Astwerk befassen werde. Dies werde im Rahmen der neuen Gesellschaft KRS mit Remondis behandelt werden müssen. Hier müssten aber die vertraglichen Bindungen berücksichtigt werden. Bezüglich der Fraktion PPK lehne sie einen Papiercontainer entschieden ab. Denn hierdurch würde es zu weiteren Müllablegerungen an den Containerstandplätzen kommen. Hiermit seien dann erhebliche Kosten verbunden. Auf allen Umladestationen bestehe die Möglichkeit, Papier auch in größerem Umfang kostenfrei anzuliefern. Des weiteren bestehe die Möglichkeit, eine zweite Papiertonne zu bestellen.

Anmerkung der Verwaltung:

Der Arbeitspreis für eine 240L-Papiertonne beträgt 5,76 € im Jahr.

Ltd. KVD Jaeger bestätigte die wilden Müllablagerungen an den Containerstandplätzen z.B. in Bonn. Des weiteren gab er zu bedenken, dass ein einzelner Container je Kommune nicht ausreichend sei, wenn eine breite Menge der Bevölkerung Probleme mit einem zu geringen Papiertonnenvolumen habe. Dies würde zu einer neuen Variante der Papiererfassung in Form eines gemischten Hol- und Bringsystems führen.

KBD Dr. Hoffmann ergänzte, dass die illegalen Müllablagerungen in den Kommunen in den letzten Monaten erheblich zugenommen hätten, solche Containerstandplätze würden dies sicher weiter verstärken.

Abg. Krauß bemängelte, dass seit Einführung der telefonischen Sperrmüllanmeldung der Sperrmüll nicht mehr „vorsortiert“ werden könne, da die Abfuhrtermine nicht mehr bekannt seien. So würden auch gut erhaltene Möbelstücke bei der Abfuhr zerstört. Er sei über die trotz allem hohe Verwertungsquote erfreut.

Frau Decking erläuterte, dass der gesamte Sperrmüll in eine Sortierung gehe, so dass Wertstoffe herausgezogen und entsprechend vermarktet werden können. Der so genannte „unberaubte“ Sperrmüll sei hier von Vorteil, da dementsprechend hohe Wertstoffgehalte vorhanden seien. Brauchbare Möbel müssten gesondert abgefahren werden. Hier plädiere sie dafür, diese gemeinnützigen Gesellschaften zu überlassen, die diese wieder vermarkten könnten.

Abg. Müller führte aus, dass das vorliegende Abfallwirtschaftskonzept über die Jahre gewachsen sei. Man könne vielleicht noch das ein oder andere etwas verbessern, aber die hohen Verwertungsquoten, die der Rhein-Sieg-Kreis hier insgesamt nachzuweisen habe, zeige, dass dieses ein Konzept sei, das greife und richtig sei. Zu dem Vorschlag der Papiercontaineraufstellung habe er erhebliche Bedenken, wenn man sich die Glascontainerstandorte angucke. Diese führten bereits zu Beschwerden. Bezüglich der

besseren Verwertung des Strauch- und Astwerks würden die Prüfungen sicher vorangetrieben, weil damit auch Geld gespart werden könne. Insgesamt sei dieses Abfallwirtschaftskonzept schlüssig und richtig und würde von der CDU-Fraktion so getragen, wie es vorliege.

Abg. Köhler stimmte den Ausführungen des Abg. Müller zu. Dennoch müsse man weiterhin prüfen, was zu optimieren sei. Bezüglich des in Zukunft eingesetzten Mobil zur Sammlung der Elektrokleingeräte warf er die Frage auf, ob dies nicht mit dem Umweltmobil kombiniert werden könne.

Antrag: Frau Decking erklärte, dass dies bereits geprüft worden sei. In dem überwiegenden Teil der Kommunen gebe es dann jedoch Probleme mit dem Standplatz. Die Standplätze reichten dort nicht aus, zwei getrennte Fahrzeuge abzustellen und die Fahrzeuge müssten getrennt gehalten werden.

Abg. Albrecht schloss sich den Worten von Abg. Müller und Abg. Köhler an. Gleichwohl sei ein Konzept zukunftsorientiert und dieses solle für die nächsten 10 Jahre gelten. Er beantragte daher, dass ergänzt würde, dass verstärkt versucht werde, Grünschnitt energetisch zu verwerten. Darüber hinaus fragte er, wie lange die Verträge mit dem Dualen System laufen, denn es gebe zunehmend Konkurrenz zum Dualen System und er könne sich vorstellen, dass hier Konkurrenz das Geschäft belebe und das möglicherweise irgendwann auch mal der Partner Duales System gegen andere Firmen gewechselt werde.

KBD Dr. Hoffmann betonte, dass es sich hier um ein Konzept handele, dass die Abfallwirtschaft der nächsten 10 Jahre darstelle. Dieses Konzept werde allerdings alle 5 Jahre fortgeschrieben. Daher sollte bedacht werden, dass dies ein planerischer Ansatz sei, der die Grundlage darstelle. Es werde aber immer notwendig sein, die tatsächliche Planung auf Innovationen, Fortschritt und neue Entwicklungen abzustimmen. Es werde immer die Herausforderung bestehen, die Entsorgung und Verwertung zu verbessern.

KrOI Verwaaijen erläuterte, dass die Abstimmungsvereinbarung mit DSD zum 31.12.2006 auslaufe. Darüber hinaus habe bisher nur Interseroh die Feststellung. Landbell und weitere hätten die Feststellung beantragt. Hier sei aber nur eine Abstimmungserklärung abgegeben worden, da diese das System der DSD mitbenutzten bzw. mitbenutzen wollen.

Abg. Dr. Fleck erkundigte sich bezüglich der beschlossenen Gründungen der neuen Gesellschaften und der Abfuhr in eigener Regie ab 2007 nach dem Sachstand.

Frau Decking führte aus, dass alles im Zeitplan sei. Die Kompostgesellschaft sei gegründet und seit 01.01.2006 aktiv. Die Abfuhrgesellschaft sei ebenfalls gegründet und die ersten Fahrzeuge seien bereits zur Sammlung der Weißen und Braunen Ware eingesetzt. Es sei auch eine Einigung mit Remondis erzielt worden und der Betriebshof in Troisdorf gekauft. Dort werde ein großer Teil der Mitarbeiter übernommen. Derzeit laufe nun die europaweite Ausschreibung zur Anschaffung von 39 Fahrzeugen. Diese sollen im November da sein, so dass ab dem 01.01.2007 die Müllabfuhr durchgeführt werden könne.

B.-Nr. UA 81/04 **Der Umweltausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss, dem Kreistag zu empfehlen, der Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes für den Rhein-Sieg-Kreis – Teil 1 zuzustimmen.**

Abst.-Erg.: **einstimmig bei Enthaltung SPD**